

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Juli 1956

Aussenminister Figl über den Verbleib von Österreichern
in der Sowjetunion

1/A.B.
zu 11/JAnfragebeantwortung

Die Abg. Dr. Pfeifer und Genossen haben am 4. Juli unter Hinweis auf Angaben und Augenzeugenberichte von Spätheimkehrern, nach denen sich noch eine Reihe von Österreichern in sowjetischer Haft oder Verbannung befinden sollen, an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten eine Anfrage betreffend die noch in sowjetischem Gewahrsam lebenden Österreicher gerichtet. Darin wurde an den Minister die Frage gestellt, ob er bereit sei,

1. mit allen Mitteln und durch energische Schritte bei der Regierung der UdSSR festzustellen, wie viele Österreicher als Kriegsgefangene, Verschleppte oder Internierte noch in der UdSSR zurückgehalten werden,
2. die bisherige Tätigkeit der österreichischen Vertretung in Moskau in diesen Belangen zu überprüfen und
3. den in der Presse zum Ausdruck gebrachten und auf konkreten Heimkehreraussagen beruhenden Bedenken nachzugehen.

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. h.c. Dipl.-Ing. Figl hat diese Anfrage wie folgt beantwortet:

Das Schicksal der in sowjetischem Gewahrsam befindlichen Österreicher bildete seit jeher die vordringliche Sorge der österreichischen Bundesregierung.

Anlässlich des Besuches der österreichischen Regierungsdelegation in Moskau im April 1955 konnte daher auch von sowjetischer Seite die Zusage erzielt werden, daß alle noch in der Sowjetunion angehaltenen Österreicher bis spätestens am Tage des Abzugs der alliierten Truppen aus Österreich in ihre Heimat entlassen werden.

Von sowjetischer Seite ist diese Verpflichtung niemals bestritten worden.

Während nun die Sowjetunion nach Abzug der alliierten Truppen aus Österreich mitteilte, daß sich in der Sowjetunion keine Österreicher mehr befinden, wurden durch die österreichische Botschaft in Moskau Namenslisten von Personen überreicht, die sich nach den ho. Unterlagen in sowjetischer Haft befunden hatten, und um Auskunft über das genaue Schicksal jedes einzelnen ersucht.

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Juli 1956

Nach mehreren Interventionen der österreichischen Botschaft wurde auch der Ministerrat am 14. Feber 1956 mit dieser Frage befaßt und auf Grund seines Beschlusses der sowjetische Außenminister neuerlich auf die besondere Wichtigkeit dieses Problems aufmerksam gemacht.

Der derzeitige Stand ergibt folgendes Bild:
Bezüglich 147 der in diesen Listen verzeichneten Personen

Hievon sind 42 Personen

erliegt noch keine Äußerung des sowjetischen Außenamtes vor.

Von 43 Personen

Heimkehrernachrichten zufolge bereits seit längerer Zeit verstorben.

17 Personen

haben die sowjetischen Behörden mitgeteilt, daß sie nicht mehr am Leben sind, und die Übermittlung von Totenscheinen zugesagt.

5 Personen

haben um Erteilung des Ausreisevisums aus der Sowjetunion angesucht.
sind bereits im Besitze des Visums und werden in absehbarer Zeit die Sowjetunion verlassen.

2 Österreicher

haben erklärt, in der Sowjetunion verbleiben zu wollen.

Bei 8 Personen

ist die Staatsbürgerschaft ungeklärt.

Im Hinblick auf die wiederholte formelle Erklärung der zuständigen sowjetischen Stellen, daß in der Sowjetunion keine Österreicher mehr angehalten werden, kann ein Schritt der österreichischen Botschaft in Moskau nur dann erfolgen, wenn die gegenteilige Behauptung eindeutig beweisbar erscheint.

Für die in den erwähnten Zeitungsartikeln angeführte Zahl von 8.000 Österreichern befindet sich ho. nicht die geringste Unterlage.

Hiezu ist zu bemerken, daß alle Heimkehrer von den dem Bundesministerium für Inneres unterstellten Behörden eingehend befragt werden, welche Österreicher sich nach ihrer Kenntnis in der Sowjetunion befinden. Das Bundesministerium für Inneres ergänzt dann diese Angaben und gibt dem Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, die entsprechende Grundlage für eine diplomatische Intervention.

Auf diese Art konnten auch die bereits erwähnten Namenslisten zusammengestellt werden.

3. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 13. Juli 1956

In der gleichen Weise gehen auch die Regierungen der anderen Staaten vor, die noch angehaltene eigene Staatsbürger in der Sowjetunion vermuten, wie die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien.

Eine Demarche auf Grund unbewiesener Behauptungen und mathematischer Schätzungen ist im internationalen Verkehr undurchführbar und würden denjenigen, der sie unternimmt, vor aller Welt ins Unrecht setzen.

Es ist hingegen sehr zu bedauern, daß die Personengruppe, die die in der Anfrage zitierten Pressomitteilungen veranlaßt hat, bisher dem Bundesministerium für Inneres und dessen Dienststellen keine wie immer geartete, konkrete Mitteilung zukommen ließ, die die namentliche Feststellung von Österreichern, die noch in der Sowjetunion angehalten und deren Personaldaten bisher nicht bekannt sind, gestatten würde.

Ich bin jederzeit bereit, in Moskau für die Freilassung jedes Österreichers nachdrücklich zu intervenieren, benötige aber dazu eine konkrete Grundlage, da auch ein Anwalt nur dann einen Prozeß führen kann, wenn ihm sein Klient die nötigen Beweismittel an die Hand gibt.

In bezug auf den zweiten Teil der Anfrage muß ich feststellen, daß die gegen die österreichische Botschaft in Moskau und insbesondere gegen ihren Leiter, Botschafter Norbert Bischoff, erhobenen Beschuldigungen in keiner Weise zutreffen.

Es ist vor allem völlig unrichtig, daß Nachrichten über Angehaltene nicht beantwortet wurden. Diese Auffassung kann durch den Umstand begründet sein, daß von der Botschaft an solche Personen gerichtete Post wiederholt nicht angekommen ist.

Die auf der Botschaft befindlichen Kleidungsstücke und Lebensmittel wurden regelmäßig an diejenigen Österreicher ausgegeben, deren Notlage der Botschaft bekannt war.

Es muß in Erinnerung gerufen werden, daß während eines langen Zeitraumes die Botschaft den Aufenthaltsort der meisten Angehaltenen nicht kannte und nicht kennen konnte.

Zu einer Untersuchung der bisherigen Tätigkeit der österreichischen Vertretung in dieser Frage sehe ich sohin keinen Anlaß.

Ich möchte wiederholen, daß ich mich, wie bisher, für jeden Österreicher, dessen Anhaltung in der Sowjetunion mir namentlich bekanntgegeben wird, voll und ganz einsetzen werde.

- · - · - · - · - · -